

POLITIK UND DEMOKRATIE

Herausgegeben von Helmut Kramer und Eva Kreisky

Stephanie Frank

Wirtschaftskrise(n) 2007 bis 2010

UNIVERSITÄT



WIEN

29



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Wirtschaftskrise(n) 2007 bis 2010

POLITIK UND DEMOKRATIE

Herausgegeben von Helmut Kramer und Eva Kreisky

Band 29



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Stephanie Frank

Wirtschaftskrise(n) 2007 bis 2010

Auswirkungen auf Österreich
und politische Maßnahmen
zur Gegensteuerung –
mit einem Vergleich
zur Weltwirtschaftskrise 1929



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung:

© Olaf Gloeckler, Atelier Platen, Friedberg

Logo auf dem Buchumschlag:

Abdruck mit freundlicher Genehmigung
der Universität Wien.

ISSN 1613-706X

ISBN 978-3-653-03380-9 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-03380-9

ISBN 978-3-631-63050-1 (Print)

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Vorwort

Der etwas umständlich klingende Titel dieses Bandes (die Überarbeitung einer politikwissenschaftlichen Diplomarbeit an der Universität Wien) mag manchen erstaunen, er weist aber auf einen wichtigen Sachverhalt hin, wie die Einleitung gleich zu Beginn klarstellt: es handelt sich eigentlich gar nicht um eine Krise im Singular, sondern um mehrere Krisen (im Plural), welche jedoch „alle miteinander in Verbindung standen und letztlich zu einer großen weltweiten Krise verschmolzen“. Am Beginn stand die Immobilienkrise in den USA, aber – und auch das ist sehr wichtig – sie war der Anlass oder Auslöser der großen Wirtschaftskrise in den Jahren nach 2007, nicht deren Ursache.

Schon die US-amerikanische Immobilienkrise hat ihre ganz spezifische Geschichte (Ursache) – und diese ist eigentlich eine kulturelle: Der Amerikaner wohnt nicht zur Miete! Er wohnt in seinem Eigenheim, das er selbst geschaffen oder erworben hat. Wie wir wissen, ist dies eine der amerikanischen Mittelschicht eigentümliche Norm: Wer dazugehören will, braucht ein Haus. Die Politik hat diesen spezifischen amerikanischen Traum vom Eigenheim seit den 1970er Jahren auch für die unteren Schichten der Einkommenspyramide attraktiv gemacht und zwar dadurch, dass sie veranlasste, dass die Banken jenen, die kein Eigenkapital und auch sonst kein Vermögen besaßen, einen Kredit gewährten. Für die damit verbundenen Risiken wurden eigene Banken gegründet. Und so wurden Kredite vergeben, die nur eine Absicherung hatten: Grund und Boden sowie das Haus; es waren sogenannte „Ninja“-Kredite (Ninja stand für „no income, no job, no assets“) oder „Subprime“-Kredite. Diese Praxis konnte nur gut gehen, solange die Immobilienpreise stiegen. Stephanie Frank schildert diese Entwicklung ganz vorzüglich, sachlich klar und mit zwingender Logik; mit anderen Worten: schon das zweite Kapitel dieses Buches muss man gelesen haben, um die weitere Geschichte, welche zur Weltwirtschaftskrise führte, zu verstehen.

„Die Bankenkrise resultierte direkt aus der Immobilienkrise, denn die Banken waren sehr stark in das Geschäft mit Hypotheken, Krediten sowie deren Verbriefung und Weiterverkauf involviert“ (so Frank im Kapitel „Bankenkrise“). Warum die Immobilienkrise in eine Bankenkrise mündete und warum diese dann die Finanzwirtschaft weltweit in eine krisenhafte Entwicklung hinein zog, ist Gegenstand des dritten Kapitels, wo die Zusammenhänge für eine Politikwissenschaftlerin geradezu meisterhaft aufgearbeitet sind: Entscheidend wurde die „Kreativität“ der Banken – Kreativität im wahrsten Sinn des Wortes –

insofern, als diese den wachsenden Schuldenberg (ziemlich vieler ungesicherter Kredite) in Tranchen zerlegten und in Wertpapiere umwandelten, die dann weltweit als hochprofitable und sichere Anlage verkauft wurden. Dafür wurden Zweckbanken gegründet und sogenannte Hedgefonds versorgten Anleger weltweit mit diesen angeblich attraktiven Anlageformen. Zahllose individuelle Anleger und leider auch viele Pensionsfonds kauften. Unsäglich schon hier die Rolle der Ratingagenturen, welche für solche Papiere die beste Bewertung ausstellten (Triple A).

Das ganze System schien sicher, weil auf diesem Wege das Risiko, dass einzelne Hypothekenkredite nicht bedient werden konnten, sich über die ganze Welt verteilte. Niemand rechnete mit der Möglichkeit, dass das ganze System, das heißt die Erwartung steigender Immobilienpreise und relativ gesicherter Kredite, nicht zusammenbrechen würde, was dann aber geschah.

Die ersten Anzeichen dafür im Jahr 2007 lösten eine Panik an den Börsen aus. Die gemeinwirtschaftlichen Banken in den USA mussten verstaatlicht werden, die Immobilienpreise sanken, die Gläubiger, welchen die Banken die Kredite fällig stellten, konnten nicht zahlen, mussten enteignet, deren Objekte zwangsversteigert werden usw. Man sah in den Dokumentationen aus den USA fürchterliche Bilder über Familien, welche über Nacht auf der Straße standen. Kausal war für die weltweite Krise jedoch nicht der kleine amerikanische „Häuselbauer“, sondern die spekulativen Geschäfte der Banken, deren Manager von den hohen Ertragserwartungen geblendet wurden (um dies schöngefärbt auszudrücken). Ökonomen wie Hans-Werner Sinn nannten dies „Kasino-Kapitalismus“, andere sprachen im Bezug auf diese Auswüchse (reiner Spekulationsgeschäfte) von „entfesseltem Kapitalismus“.

Ursache für diesen krisenhaften Verlauf war also letztlich Marktversagen einerseits – Märkte „überprüfen“ nicht die Rationalität der Vorgänge auf diesen, im Gegenteil, die Wertpapiere bedeuteten eine enorme Expansion von Finanzgeschäften, also eine Steigerung des Wirtschaftssystems. Zum anderen sehen wir hier ein Versagen der Politik/des Staates im Sinne eines Regulierungsdefizits. Unregulierte oder unzureichend regulierte Finanzmärkte erzeugen Irrationalitäten im System, welche dann auf die Realwirtschaft durchschlagen. Dieser Sachverhalt ist wiederum auf die Ideologie des „Neoliberalismus“ zurückzuführen, welcher über Jahrzehnte hindurch Deregulierung predigte und Staatsinterventionen als schädlich verurteilte. Es erscheint mir wiederum als ein großer Verdienst der Autorin, dass sie diese Zusammenhänge so klar herausarbeitet.

Das Kapitel über die Auswirkungen der Krise auf Österreich ist ebenfalls vortrefflich geschrieben und zurecht weist die Autorin darauf hin, dass es in Österreich eine besondere Problematik gab, nämlich die Ungewissheiten über den Einfluss der Präsenz der österreichischen Banken in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Aus heutiger Sicht wissen wir, dass die Dramatisierungen ungerechtfertigt waren bzw. einfach auf fehlerhaften Berechnungen beruhten. Die Bankenpakete bzw. die Krisenpolitik in Österreich werden von Frank positiv bewertet, wenngleich die Maßnahmen eher kurzfristig Symptome beseitigten, während das langfristige Ziel der Verhinderung solcher Krisen nicht energisch verfolgt wurde. Hier ist Österreich allerdings nicht alleine, im Gegenteil, derzeit sieht es so aus, als würden die internationalen Regime zur Regulierung der Finanzmärkte gar nichts aus der Krise lernen. Einzig die Europäer haben weiter mit der „Eurokrise“ zu tun und scheinen gute Erfolge zu erzielen. Paradoxe Weise wird diese Krise den weiteren Integrationsprozess beschleunigen – zumindest im Funktionssystem Wirtschaft.

Das Kapitel zum Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise 1929 ist sehr spannend geschrieben; es zeigt, dass es im Unterschied zu den 1930er Jahren nach 2007 doch gelungen ist, den Krisenverlauf zu bremsen und die Auswirkungen auf die Beschäftigung zu mildern. Deshalb gab es auch nicht die katastrophalen sozialen Folgen wie damals, als die Massenarbeitslosigkeit nicht zuletzt auch zur politischen Radikalisierung beitrug – mit den unseligen Konsequenzen, die wir kennen.

Hannes Wimmer

Wien, im September 2012

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis.....	9
Abkürzungsverzeichnis	11
Einleitung	15
Forschungsleitende Fragestellungen	17
Methodisches Vorgehen und Aufbau.....	18
Theoretische Grundlagen – Keynesianismus und Neoliberalismus/Monetarismus.....	19
Begriffsdefinitionen	27
„Krise“	27
„Maßnahme“	28
Ursachen und Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzkrise(n) 2007 bis 2010.....	29
Immobilienkrise	30
Bankenkrise.....	44
„Eurokrise“.....	52
Übergreifen der Finanzkrise auf die Welt – internationale Verflechtung des Finanzsystems.....	58
Verbriefung der (Immobilien-)Kredite – neue Wertpapiere entstehen.....	58
Versicherung durch „Credit Default Swaps“ (CDS)	65
Rolle der Finanzinstitute, Zweckgesellschaften und Hedgefonds	66
Rolle der Ratingagenturen.....	75
Rolle der Politik: Politische Regulierungsinstrumente – Ziele und Wirkungsweisen	79
Basel II	79
Staatliche Aufsichtsbehörden und Notenbanken	84
Die Krise in Österreich.....	87

Auswirkungen der Krise auf Österreich.....	87
Finanzwirtschaft.....	87
Realwirtschaft.....	92
Die Lage in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – mögliche zukünftige Auswirkungen der Krise auf Österreich	103
Reaktionen der Politik und Maßnahmen zur Gegensteuerung – mit Fokus auf Österreich	114
Internationale Ebene.....	114
EU-Ebene	123
Nationalstaatliche Ebene – Österreich	132
Ausblick: Mögliche Konsequenzen der Krise auf die weitere Wirtschaftspolitik.....	143
Vergleich: Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und 2007 in Österreich	150
Die Weltwirtschaftskrise 1929 – Parallelen und Unterschiede zur Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007	150
Die Krise ab 1929 in Österreich.....	159
Vergleich: Wirtschaftspolitische Maßnahmen Österreichs im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 und ab 2007.....	166
Resümee und Ausblick.....	172
Literaturverzeichnis.....	180

Abkürzungsverzeichnis

ABCP	Asset Backed Commercial Papers
ABS	Asset Backed Securities
AIFM	Alternative Investment Funds Managers
ATX	Austrian Traded Index
aws	Austria Wirtschaftsservice GmbH
BAWAG	Bank für Arbeit und Wirtschaft
BCBS	Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht
BEIGEWUM	Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsverkehr
BNP	Bruttonationalprodukt
CA	Creditanstalt
CCP	Central Counterparty
CDO	Collateralized Debt Obligations
CDS	Credit Default Swaps
CESR	Committee of European Securities Regulators
CRA	Community Reinvestment Act

ECOFIN	Rat der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister
EBA	European Banking Authority
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ESFS	European System of Financial Supervision
ESMA	European Supervisory Authority
ESRB	European Systemic Risk Board
EU	Europäische Union
EZB	Europäischen Zentralbank
Fannie Mae	Federal Home Loan Mortgage Corporation
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fed	Federal Reserve System
FIMBAG	Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde
FSB	Financial Stability Board
Freddie Mac	Federal National Mortgage Association
GM	General Motors
IFRS	International Financial Reporting Standards
IHS	Institut für höhere Studien

IWF	Internationale Währungsfonds
KBG	KonjunkturbelebungsGesetz
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
MBS	Mortgage Backed Securities
MOSOE	Mittel-, Ost- und Südosteuropa
MOSOEL	mittel-, ost- und südosteuropäische Länder
Ninja	no income, no jobs, no assets
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
OeCAG	Oesterreichische Clearingbank AG
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
OTC	Over the counter
Red.	Redaktion
RZB	Raiffeisen Zentralbank
SEC	Securities and Exchange Commission
SPV	Special Purpose Vehicle
ULSG	Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetzes
UNO	United Nations Organization
KESt	Kapitalertragssteuer

WIFO	Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung
WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
WKO	Österreichische Wirtschaftskammer
ZaBiStaG	Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz

Einleitung

Die Jahre ab 2007 waren in Österreich und auch in vielen anderen Ländern der Welt Krisenjahre.¹ Die Wirtschaft hatte sich in eine Krise manövriert, welche es zu bekämpfen galt. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der/n Wirtschaftskrise(n) 2007 bis 2010. Im Vordergrund stehen dabei die Auswirkungen der Krise(n) auf Österreich und die politischen Maßnahmen welche zur Gegensteuerung gesetzt wurden. Dabei wird auch ein Vergleich mit dem wirtschaftspolitischen Weg, welcher in der Krise von 1929 eingeschlagen wurde, gezogen.

Der Terminus „Wirtschaftskrise(n)“² wird im Titel der Arbeit verwendet, weil die krisenhaften Erscheinungen von 2007 bis 2010 im Grunde mehrere verschiedene Krisen waren, die jedoch alle miteinander in Verbindung standen und letztendlich zu einer großen, weltweiten Krise verschmolzen. Verschiedene Wirtschaftszweige und Länder wurden durch Ansteckungseffekte in die Krise hineingezogen. Die Immobilienkrise entwickelte sich zu einer Finanz- und Bankenkrise, welche schließlich auch auf die Realwirtschaft ausstrahlte. Die Krise beschränkte sich nicht auf bestimmte Länder oder Regionen, sondern breitete sich weltweit aus. Lediglich die sogenannte „Eurokrise“ war im Allgemeinen auf Europa und hier vorwiegend die Eurozone begrenzt. Sie brach, chronologisch betrachtet, als letzte aus. Auch die „Eurokrise“ ist nicht abgekoppelt von der zuvor dagewesenen Weltwirtschaftskrise zu betrachten, da hier Verbindungen bestehen, auf die später in dieser Arbeit noch eingegangen wird.

Die Krise in ihrer Gesamtheit, von 2007 bis 2010, hatte verheerende Auswirkungen. Mit Stand Ende 2010 war immer noch nicht absehbar, inwiefern sie vollkommen bewältigt wurde. Darüber hinaus wären derartige Krisen in dem vorherrschenden Wirtschaftssystem, der „entfesselten Marktwirtschaft“³, jederzeit wieder möglich.

Das Jahr 2007 markierte also den Anfang einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Schon vor 2007 war aber, wie von etlichen Seiten behauptet, ab-

-
- 1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf eine geschlechterspezifische Formulierung (wie zum Beispiel StudentInnen) verzichtet. Die jeweils verwendete männliche Form ist als geschlechtsneutral zu betrachten und es sind selbstverständlich, sofern nicht anders angegeben, immer Frauen und Männer gemeint.
 - 2 Im weiteren Verlauf des Textes wird anstatt des Terminus „Wirtschaftskrise(n)“ vereinfacht die singuläre Form „-krise“ benutzt.
 - 3 Ulrich Schäfer (2009): Der Crash des Kapitalismus. Warum die entfesselte Marktwirtschaft scheiterte und was jetzt zu tun ist. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 15

sehbar, dass eine Krise großen Ausmaßes bevorstand. Von den USA ausgehend verbreitete sich die Krise dann auf der ganzen Welt. Insbesondere die Jahre 2008, 2009 und auch 2010 waren von der Krise und ihren Auswirkungen geprägt. Die Immobilienkrise in den USA stellte eben den Anfangspunkt dar, woraufhin sich die weltweite Finanz- und Bankenkrise entwickelte, welche dann schließlich auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft zog. Mit der eintreffenden Rezession lag es schließlich an der Politik Maßnahmen zu setzen, um die Krise einzudämmen sowie langfristig gesehen zu verhindern, dass ähnliche Krisen wieder eintreten könnten. Die Politik war dementsprechend gefordert, nicht nur die Symptome der Krise, sondern auch deren Ursachen zu bekämpfen beziehungsweise zu beseitigen. Inwiefern dies geschah, wird im Zuge dieser Arbeit untersucht.

Die Politik hatte zu Beginn der Krise keinen guten Stand, da ihr von vielen Seiten die Schuld oder zumindest Mitschuld an der Krise gegeben wurde, der wirtschaftspolitische Kurs der letzten Jahre wurde kritisiert. Von etlichen Seiten war zu hören, dass grundlegende Fehler im System zu dieser Krise geführt hatten. Die Politik war also, zusammenfassend gesagt, in den Jahren 2007 bis 2010 kurzfristig gefordert, die akuten Symptome der Krise zu bekämpfen, langfristig sollte sie sich aber auch mit den Ursachen der Krise beschäftigen. Der dahingehende Tenor war, dass ohne die Beseitigung der grundlegenden Missstände, welche zur Krise 2007 bis 2010 geführt hatten, zukünftige Krisen vorprogrammiert wären. Für diese würde dann wiederum der Politik die Schuld zugesprochen werden.

Das Thema der Wirtschaftskrise 2007 bis 2010 und vor allem der Reaktionen von Seiten der Politik auf diese Krise, ist von hoher wissenschaftlicher Relevanz. Die Thematik ist aktuell, hochbrisant und die Diskussionen rund um das Thema kontrovers. Die Frage nach den Reaktionen der Politik auf die Krise 2007 bis 2010 und Krisen allgemein, ist eine sehr wichtige, auch im Hinblick auf die Zukunft. Die politischen Reaktionen und Maßnahmen im Hinblick auf die Beseitigung eventueller Missstände können in verschiedene Richtungen gehen und verschiedene Dinge bewirken. An den aktuellen politischen Reaktionen auf Krisen können darum auch schon etwaige zukünftige Entwicklungen, seien sie negativ oder positiv, abgelesen werden. Mögliche politische Versäumnisse oder Errungenschaften in der Gegenwart beeinflussen maßgeblich die Zukunft. Durch die Darstellung und Erklärung der Maßnahmen, Gesetze und Regelungen der Politik nach der Krise lassen sich Vergleiche ziehen sowie Bewertungen dieser Maßnahmen, hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und positiven Effekte, abgeben.

Vergleiche der politischen Reaktionen auf Krisen können dahingehend relevant sein, möglicherweise zukünftig, in der Vergangenheit begangene Fehler zu vermeiden beziehungsweise wirkungsvolle Maßnahmen zu übernehmen. Dazu wird in dieser Arbeit auch ein Vergleich der politischen Reaktionen auf die Krise ab 1929 und jene ab 2007 gezogen. Die Frage, wie sich die Reaktionen der Politik auf die Krise 2007 bis 2010 auf die Entwicklungen in den Jahren danach auswirkten, könnte auch für weiterführende Forschungen interessant sein. Weiters werden in der vorliegenden Arbeit die Ursachen der Krise dargestellt und analysiert, woraufhin sich abschätzen lässt, ob diese von der Politik ebenfalls bekämpft wurden, oder ob lediglich die Beseitigung der Symptome der Krise eine Rolle spielte. Daran nämlich kann festgemacht werden, ob das System reformiert, neu überdacht und neu konstruiert wurde oder eben nicht. Je nachdem könnten Krisen dieser Art zukünftig erneut auftreten oder ausbleiben.

Forschungsleitende Fragestellungen

Die forschungsleitenden Fragestellungen dieser Arbeit lauten:

- Wie wirkte sich die Krise 2007 bis 2010 auf Österreich aus und welche Maßnahmen zur Gegensteuerung der Krise wurden von der Politik gesetzt?
- Wurden tiefgreifende Reformen des Wirtschaftssystems vorgenommen oder lediglich die Symptome der Krise bekämpft?

Weitere untergeordnete Fragestellungen sind:

- Was waren die Ursachen für die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 und wie entwickelte sich die Krise?
- Wieso breitete sich die Krise weltweit aus?
- Was waren die politischen Reaktionen auf die Krise 1929 in Österreich? Inwiefern unterschieden beziehungsweise glichen sich die politischen Reaktionen auf die Krise von 2007 und jene von 1929?

Methodisches Vorgehen und Aufbau

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden eine Literaturrecherche und kritische Auseinandersetzung mit der Literatur vorgenommen. Literatur von Experten, aktuelle Berichte aus Zeitungen und Zeitschriften sowie statistische Daten wurden zusammengetragen und hinsichtlich der Forschungsfragen analysiert. Wichtig war dabei die Einbeziehung von Autoren mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Hintergründen sowie Denkweisen, um mehrere, oft auch gegensätzliche, Blickwinkel auf die einzelnen Themenpunkte in die Arbeit einfließen lassen und aufzeigen zu können. Die Einbeziehung von Primär- wie auch Sekundärquellen sollte eine möglichst konsistente Darstellung des Themas gewährleisten. Unter anderem die Schriften des WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung), der WKO (Österreichische Wirtschaftskammer) sowie der Statistik Austria stellten als Primärquellen wichtiges Datenmaterial zur empirischen Untermauerung der Arbeit dar. Die Analyse der entsprechenden Veröffentlichungen und Statistiken dieser Institutionen brachten Erkenntnisse hinsichtlich der Auswirkungen der Krise auf Österreich und auch der Maßnahmen zur Gegensteuerung. Quellenkritik war im Rahmen der vorliegenden Arbeit von besonderer Bedeutung. Mittels der Literaturanalyse sollten also alle für diese Arbeit wichtigen Aspekte der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 bis 2010 herausgearbeitet sowie mögliche Unstimmigkeiten und Uneinigkeiten in der Literatur und zwischen den Autoren aufgezeigt werden. Unterschiedliche Zugänge und Meinungen über die Ursachen und die Entwicklung der Krise sowie ihre Auswirkungen in verschiedenen Bereichen und die jeweils für notwendig erachteten Reaktionen darauf fanden Eingang in diese Arbeit und wurden einer kritischen Betrachtung und Gegenüberstellung unterzogen.

Die vorliegende Arbeit beginnt chronologisch die Ursachen und die Entwicklung der Krise 2007 bis 2010 aufzuarbeiten. Dabei spielen die Immobilienkrise, die Bankenkrise und die sogenannte „Eurokrise“ eine Rolle. Außerdem wird das Übergreifen der Krise auf die Welt und die internationale Verflechtung des Finanzsystems aufgezeigt. Dabei finden die Verbriefung der (Immobilien-)Kredite, die dadurch entstandenen neuen Wertpapiere, die Versicherung durch „Credit Default Swaps“ sowie die Rollen verschiedener Akteure, in erster Linie der Finanzinstitute, Zweckgesellschaften, Hedgefonds und der Ratingagenturen Erwähnung. Ebenfalls ein Thema in diesem Zusammenhang ist die Rolle der Politik, vor allem die der politischen Regulierungsinstrumente und ihrer Ziele und Wirkungsweise. Aufgrund ihres spezifischen Bezugs zu der besprochenen

Krise werden hier die Regelungen von Basel II sowie allgemein staatliche Aufsichtsbehörden und Notenbanken hervorgehoben.

Ein wichtiger Punkt dieser Arbeit ist die Fokussierung auf die Krise in Österreich. Die Auswirkungen der Krise auf Österreich, sowohl auf die Finanz- als auch auf die Realwirtschaft werden dargestellt. Auch die Lage in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ist dabei, im Zusammenhang mit möglichen zukünftigen Auswirkungen der Krise auf Österreich, wichtig.

Ebenfalls ein zentraler Punkt des vorliegenden Textes ist die Darstellung der Reaktionen der Politik auf die Krise und der Maßnahmen zu Gegensteuerung, wobei der Fokus wiederum auf Österreich liegt. Es wird jedoch trotzdem zwischen der internationalen, der EU- und der nationalstaatlichen Ebene unterschieden, da auch auf diesen Ebenen Entscheidungen getroffen werden konnten, die Österreich betrafen. Danach werden mögliche Konsequenzen der Krise auf die weitere Wirtschaftspolitik erläutert. Dabei geht es vor allem darum, aufzuzeigen was sich noch verändern sollte, um weitere Krise dieser Art zu verhindern und die Ursachen für die Krise 2007 bis 2010 vollständig zu beseitigen. Es geht also um notwendige grundlegende Reformen, zur Vermeidung zukünftiger Krisen.

Daraufhin wird ein Vergleich der wirtschaftspolitischen Maßnahmen Österreichs im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 1929 und 2007 bis 2010 gezogen. Es werden Parallelen zwischen den beiden Krisen herausgearbeitet, die Krise von 1929 in Österreich näher behandelt und daraufhin die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik in Österreich als Reaktion auf die jeweilige Krise verglichen.

Das letzte Kapitel fasst die grundlegenden Erkenntnisse der Arbeit nochmals zusammen. Es beinhaltet ein Resümee sowie einen Ausblick auf mögliche weitere Entwicklungen und weiterführende Forschungen.

Theoretische Grundlagen - Keynesianismus und Neoliberalismus/Monetarismus

Im folgenden Unterpunkt werden zwei wirtschaftspolitische Strömungen beziehungsweise Denkrichtungen erläutert, die im Laufe der Wirtschaftskrise 2007 bis 2010 oftmals Bestandteil der Diskussionen bezüglich eines „richtigen“ wirtschaftspolitischen Weges in und nach der Krise waren. Auf der einen Seite der Neoliberalismus, sowie die Unterkategorien des Monetarismus und auf der anderen Seite der Keynesianismus. Diese beiden wirtschaftspolitischen Lehren bilden gewissermaßen Gegenpole zueinander. Das von der einen Strömung ge-